



+++ freitagspost +++

FREITAG, 09.03.2018

Regieren und trotzdem die SPD erneuern

Die Mitglieder der SPD haben sich mit 78,39% am Mitgliedervotum beteiligt. 239.604 (66,02 %) SPD-Mitglieder haben für die Bildung einer Koalition mit CDU und CSU entschieden. 123.329 (33,98 %) Mitglieder waren dagegen. Der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Rhein-Erft Guido van den Berg MdL erklärt zum Ausgang des Mitgliedervotums:



„Ich bin froh, über das klare Zwei-Drittel-Ergebnis. Klar ist, dass wir im Gegensatz zu Jamaika uns nicht vor Verantwortung drücken. Andere sind bei der Regierungsbildung gescheitert und haben sich vom Acker gemacht – wir nicht. Ich habe in den letzten Wochen gute und leidenschaftliche Debatten in den SPD-Ortsvereinen im Rhein-Erft-Kreis erlebt. Ich bin stolz, dass bei uns die Basis das Sagen hat, während in anderen Parteien Mitglieder nur klatschen und Plakate kleben dürfen. Wichtig ist, dass die personelle wie inhaltliche Erneuerung der SPD weitergeht. Ich habe in allen Diskussionen gespürt, dass das sowohl dem Drittel die gegen die Regierungsbeteiligung war, wie auch den Zwei-Drittel, die dafür waren, sehr wichtig ist. Wir werden regieren und müssen trotzdem jetzt die SPD erneuern und profilieren.“

Landesregierung rudert zurück: Kein Flächenbonus im Landesentwicklungsplan für das Rheinische Revier

Im Koalitionsvertrag hatte die schwarz-gelbe Landesregierung versprochen, dass sie in der der Landes- und Regionalplanung den Kommunen eine Sonderstellung bei der Ausweisung zusätzlicher Industrie- und Gewerbegebiete zuweisen wird. Von dieser Zusage rudert FDP-Wirtschaftsminister Pinkwart nun in einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Guido van den Berg zurück und bestätigt, dass im gerade von der Landesregierung überarbeiteten Landesentwicklungsplan kein Flächenbonus für das Rheinische Revier enthalten sein wird.

In ihrer Antwort teilt die Landesregierung mit, dass sie zusätzliche Industrie- und Gewerbegebiete für das Rheinische Revier nicht durch eine Änderung des Landesentwicklungsplans sondern nur bei der Erstellung der Regionalpläne erreichen will. Hierzu wolle man einen Er-llass an die Bezirksregierung erstellen. „Das weicht von der Beschreibung im Koalitionsvertragstext ab, ist ein deutliches Zurückrudern und wir den Gemeinden im Rheinischen Revier keine neuen Hektar Gewerbegebietserweiterungen bringen. Ein rechtlich abgesicherter Bonus wird mit einem Brief des Ministeriums kaum realisierbar und vermutlich nur Placebo-Bedeutung haben, denn bei landeseinheitlichen

Regeln werden Juristen auch bei der Bezirksregierung im Zweifel weiter restriktiv handeln“, erklärt der SPD-Abgeordnete Guido van den Berg und betont: „Um es ganz deutlich zu sagen: Wenn es weitere Flächen für das Rheinische Revier geben soll, dann hätte dies im Landesentwicklungsplan enthalten sein müssen. Mich erschreckt, dass man offenbar die eigenen Versprechen an das Rheinische Revier übergeht. Die Landesregierung verspielt hierdurch die Chance für die Ausweisung von zusätzlichen Industrie- und Gewerbegebieten für das Rheinische Revier.“

In der der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Landtags am 24.01.2018 hatte FDP-Wirtschaftsminister Pinkwart die geplanten Änderungen für diese Wahlperiode im Landesentwicklungsplan vorgestellt. Der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg zeigte sich hierbei erschrocken, dass das Versprechen von CDU und FDP den Kommunen im Rheinischen Revier mit einem Flächen-Bonus bei der Ausweisung helfen zu wollen, nicht auftauche. Er hat daraufhin eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, in der er die Frage stellte, ob die Landesregierung den Flächen-Bonus für das Rheinische Revier bei der geplanten Veränderung des Landesentwicklungsplanes vergessen habe? Die Antwort der Landesregierung bringt nun diese negative Entwicklung für das Rheinische Revier zu Tage.

Landesregierung weicht Fragen zur Verwirklichung der Klimahülle INKA in Bergheim-Paffendorf erneut aus

Auch über ein halbes Jahr nach der ersten Anfrage zu geplanten Investitionen in das Strukturwandelprojekt „Klimahülle INKA“, steht eine Bewilligung von Fördergeldern noch aus.

Seit nunmehr einigen Jahren wird die Errichtung einer Klimahülle INKA in Bergheim-Paffendorf angekündigt. Die Umsetzung des klimaoptimierten Wissenschafts- und Gewerbepark im Rhein-Erft Kreis verläuft jedoch schleppend. Der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg tut sich schwer zu benennen, welchen neuen Verfahrensstand es beispielsweise seit den letzten 12 Monaten gegeben hat. Er hat deshalb bereits zwei Anfragen an die Landesregierung gerichtet. Die Antworten der schwarz-gelben Regierung sind jedoch dürrtig bis ausweichend wie Guido van den Berg findet. Man bezeichne das Vorhaben zwar als innovatives und zukunftsweisendes Projekt und regte an, eine Förderung des Projektes zu beantragen. Wie es jedoch um die seit nunmehr vielen Monaten angekündigte Förderung aus Mitteln des NRW-EU-Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen einer kriteriengestützten Einzelfallentscheidung stehe, will die Landesregierung nicht sagen.

Die Bereitschaft der Landesregierung, Fördergelder für das Strukturwandelprojekt zu bewilligen, nahm der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg Anfang dieses Jahres zum Anlass eine weitere Kleine Anfrage zu stellen, um zu erfahren, inwieweit das Wirtschaftsministerium Förderanträge erhalten und solche auf ihre Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit- und Rechtlichkeit geprüft hat.

„Zwar hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf meine Anfrage den Eingang eines Förderantrages im Ministerium bestätigt, lieferte aber sonst keine weiteren inhaltlich detaillierten Antwort und weicht aus. Eine mögliche Förderung seitens des Landes sei noch zu prüfen und könne zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewilligt werden. Sowohl die Frage nach der Nachhaltigkeit als auch der Wirtschaftlichkeit ist der Regierungsantwort zufolge noch nicht geprüft worden. Auch eine Überprüfung der rechtlichen Bedenken über eine Subvention durch EU-Fördergelder sei vor einer Antragsprüfung nicht möglich gewesen. Hier ist die Landesregierung weiterhin Antworten schuldig“, so van den Berg.

„An Dreistigkeit nicht zu überbieten!“

Jamaika-Bündnis übernimmt SPD-Vorschlag, den sie vor noch nicht mal drei Wochen empört abgelehnt haben

Zur gestrigen Presseberichterstattung „Kommunen zahlen weniger“ erklären der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Dierk Timm, und die finanzpolitische Sprecherin, Dagmar Andres:

„Die Äußerungen des Jamaika-Bündnisses sind an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Erst vor zwei Wochen haben wir im Finanzausschuss beantragt, einen eventuellen Jahresüberschuss 2017 1:1 an die Städte weiterzugeben und gleichzeitig deutlich gemacht, dass wir auch für das Haushaltsjahr 2018 mit deutlichen Verbesserungen rechnen, die eine weitere Entlastung der Städte möglich machen. Uns ist vorgehalten worden, das sei doch noch alles völlig unklar und solche Beschlüsse seien unseriös. Wir sind ja gewohnt, dass unsere Themen von der Kreistagsmehrheit irgendwann übernommen werden, aber dass das in dieser Geschwindigkeit erfolgt, hat eine neue Qualität.“

Frech ist insbesondere der Verweis des Vorsitzenden der CDU-Fraktion auf die Kosten der Unterkunft, die 2018 niedriger ausfallen dürften, als geplant. Im Finanzausschuss am 21.02.2018 hat uns Kreiskämmerer Martin Schmitz dazu noch erwidert, es sei noch nicht abschließend geklärt, in welcher Höhe die Deckung der Kosten der Unterkunft im Jahr 2018 ausfallen wird.

Wir halten fest: Die SPD fordert eine Entlastung der Städte und begründet das mit den gesunkenen Kosten der Unterkunft. Das lehnen Jamaika und Verwaltung entrüstet ab. Passiert Ende Februar 2018. Dann legt die Verwaltung eine Vorlage für den Kreistag vor, die zu einer Entlastung der Städte führt. Jamaika feiert sich dafür in der Presse und betont, das sei vor allem auf die gesunkenen Kosten der Unterkunft zurückzuführen. Passiert Anfang März 2018. An Dreistigkeit ist das kaum zu überbieten.

Der Vorgang zeigt aber auch, dass wir mit unserer Politik richtig liegen und mit unseren Anträgen die Zukunft des Kreises gestalten und der verlässliche Fürsprecher der Städte im Rhein-Erft-Kreis sind. Jamaika und Verwaltung fehlt es völlig an Gestaltungskraft und Wille, eine eigene Handschrift hat dieses Zweckbündnis schon lange nicht mehr.“

Verbesserungen im Nahverkehr möglich

Planungen für 2019 im vollen Gang

NVR meldet Trassen bei der DB Netz AG an

Der Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) plant für den Fahrplanwechsel im Dezember 2018 eine Reihe von Verbesserungen für den Nahverkehr im Rhein-Erft-Kreis. „Dafür werden jetzt bei der Bahn die notwendigen Trassen angemeldet“, erläutert SPD-Vertreter Dierk Timm, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. „Wenn alles klappt, können dann ab dem 09.12.2018 die geplanten Maßnahmen umgesetzt werden.“

Folgende Planungen betreffen den Rhein-Erft-Kreis:

Zwischen **Köln-Ehrenfeld** und **Kerpen-Horrem** soll die **S12** künftig auch montags bis donnerstags ab ca. 13 Uhr die **S13/19** zu einem gemeinsamen 10-Minuten-Takt verdichten. Horrem würde zudem von der Verlängerung des aus den Linien RE 1 und RE 9 gebildeten 30-Minuten-Takts um eine Stunde im abendlichen Regionalexpress-Verkehr profitieren.

Auf der **Eifelstrecke** soll ebenfalls im Abendverkehr der 30-Minuten-Takt (ab Köln) um eine Stunde verlängert werden. In die Gegenrichtung kann dann die bisher nur bis Euskirchen vorhandene Fahrt ab Kall (ab 22:05) bis Köln verlängert werden.

Auf der **RB 27** soll das Abend- und Wochenendverkehrsangebot zwischen Köln und Rommerskirchen erweitert werden, was gut für **Pulheim** und **Stommeln** wäre. An den Wochenenden konnten bereits zum letzten Fahrplanwechsel durch zehn zusätzliche Zugpaare spürbare Verbesserungen erreicht werden.

Verschiebungen soll es für die **RB 38** geben. Die abendlichen Abfahrten von **Bedburg** nach Köln würden um eine halbe Stunde auf 22:43 und 23:43 verschoben und eine zusätzliche Fahrt um 21:43 eingefügt. Damit würde ein systematisierter Stundentakt mit Anschluss von der RB 39 hergestellt.

Bei der **RB 48** soll das Spätverkehrsangebot in den Wochenendnächten zwischen Köln und Bonn nochmals um eine Stunde mit den zusätzlichen Abfahrten ab Köln um 0:36 und Bonn-Mehlem ab 0:43 erweitert werden.

Der neue Netzfahrplan wird endgültig im September 2018 feststehen.

AUSSERORDENTLICHER KREISPARTEITAG DER RHEIN-ERFT SPD AM 21.04.2018



Am Samstag, den 21.04.2018 um 10:30 Uhr
im Forum terra nova (Terra Nova, 50189
Elsdorf)

Die Einladung mit Tagesordnung wird
rechtzeitig allen Mitgliedern per Post zugehen!
Alle Mitglieder haben Stimmrecht.

Anträge an den Kreisparteitag können von
Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften bis
zum 06.04.2017

Bitte merkt Euch diesen Termin schon einmal vor!

DIE NÄCHSTE FREITAGSPOST ERSCHEINT AM 23.03.2018!

IMPRESSUM:

Rhein-Erft SPD
Fritz-Erler-Straße 2 // 50374 Erftstadt
V.i.S.d.P.: Johannes Stracke (Kreisgeschäftsführer)
Tel.: 02235 – 927140 // Fax.: 02235 - 9271419
E-Mail: info@rhein-erft-spd.de

